



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > **Pressemitteilungen**

# Pressemitteilungen

## Bayerns Wirtschaftsminister begrüßt Ankündigung aus Brüssel

23. September 2025

MÜNCHEN Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger begrüßt die heutige Ankündigung der EU-Umweltkommissarin Jessica Roswall, die Anwendung der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) um ein weiteres Jahr auf Ende Dezember 2026 zu verschieben. Darüber hinaus soll die Verordnung in einigen Punkten vereinfacht werden. Aiwanger: „Es freut mich, dass die unsinnige EU-Entwaldungsverordnung vorerst noch nicht greift. Gleichzeitig empfehle ich dringend, das Thema endgültig zu beerdigen. Weder unsere europäischen Waldbesitzer noch die Wirtschaft noch der Steuerzahler dürfen mit diesem Bürokratiemonster angegriffen werden. Auch den Wäldern nutzt es nichts, wenn die Bewirtschaftung so kompliziert wird dass Waldarbeiten unterlassen werden. Wir brauchen Vereinfachungen und technische Professionalisierung in der Waldbewirtschaftung, keine bürokratischen Sägespäne im Getriebe.“ Die EU-Kommissarin begründet die Verschiebung vor allem mit einer Neubewertung der projizierten Belastung des IT-Systems, das von allen Betroffenen benutzt werden muss.

Ziel der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) ist es, den Beitrag der EU zur Entwaldung und Waldschädigung so gering wie möglich zu halten. Die weltweite Entwaldung soll eingedämmt werden, indem in der EU nur noch Produkte verkauft werden, die seit 2020 nicht von Entwaldung oder Waldschädigung betroffen waren. „Bayern ist kein Palmölproduzent wie Indonesien, wo Quadratkilometer an Wald abgeholzt werden, um Plantagen anzulegen. Das ist die Realität, der die EU Rechnung tragen muss“, betont der Minister.

Die Verordnung sollte ursprünglich ab dem 30. Dezember 2024 gelten, bevor die Kommission im letzten Jahr vorschlug, deren Anwendung auf 30. Dezember 2025 zu verschieben. Unternehmen und Handelspartnern sollten zusätzliche zwölf Monate Zeit bekommen, sich auf die neuen Anforderungen hinsichtlich Rückverfolgbarkeit und Sorgfaltspflicht vorzubereiten. Eine Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten forderte Anfang dieses Jahres, die Anwendung der Entwaldungsvorschriften erneut zu verschieben, bis bestimmte Maßnahmen abgeändert worden seien.

Ansprechpartner:  
Bastian Brummer  
Stellv. Pressesprecher

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

